

Inflation: kurze oder dauerhafte Rückkehr?

Das Thema „Inflation“ verschaffte sich in den vergangenen Wochen wieder mehr Aufmerksamkeit. Als Inflation bezeichnet man bekanntlich einen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus bei Waren und Dienstleistungen. Diese Teuerung ist gleichbedeutend mit einer Minderung der Kaufkraft des Geldes. Die für Deutschland ermittelte Inflationsrate war im Januar überraschend deutlich von minus 0,3 Prozent auf plus 1,0 Prozent nach oben geschneilt. Für die Eurozone insgesamt sprang die Inflationsrate sogar von minus 0,7 Prozent im Dezember auf plus 1,6 Prozent im Januar. Und auch der Anstieg der durchschnittlichen Preise für einen repräsentativen Warenkorb dürfte sich zumindest vorerst fortsetzen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Zum einen haben die Shutdown-Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in manchen Branchen zu Störungen geführt. Kapazitätsengpässe im internationalen Frachtverkehr hatten beispielsweise Lieferverzögerungen und steigende Preise zur Folge. So kämpfen Unternehmen der Automobil-, Maschinenbau- und Elektroindustrie mit Lieferengpässen bei Stahl und Mikrochips. Ein weiterer Grund war die Rücknahme der vorübergehenden Mehrwertsteuer-Senkung in Deutschland. Seit Jahresbeginn werden wieder die höheren Mehrwertsteuersätze erhoben, was höhere Endpreise bedeutet.

In den nächsten Monaten werden die Inflationszahlen allein aufgrund des sogenannten Basiseffektes steigen, denn Inflation wird gemeinhin als Veränderung des Preisniveaus gegenüber dem Vorjahr gemessen. Und im März und April vergangenen Jahres brachen viele Preise ein, darunter der wichtige Ölpreis. Wenn im März und April dieses Jahres die Preise mit denen von März und April 2020 verglichen werden, ist also der Ausgangswert sehr niedrig, wodurch der prozentuale Anstieg hoch ausfällt. Dies gilt insbesondere für den Rohölpreis, der sich bei diesem Vergleich verdoppelt haben dürfte. Durch die Corona-Pandemie und den Preiskampf zwischen Saudi-Arabien und Russland war der Weltmarktpreis für Öl damals stark eingebrochen. Angesichts ausgeschöpfter Lagerkapazitäten war am US-Terminmarkt der Ölpreis sogar kurzzeitig unter null gefallen. Allein der Effekt der auf Jahresbasis deshalb stark steigenden Energiepreise dürfte die Inflationsrate in den kommenden Monaten um ein bis zwei Prozentpunkte steigen lassen.

Wenn Shutdown-Maßnahmen im Jahresverlauf aufgehoben werden können, dürfte sich zudem die aufgestaute Konsumnachfrage Bahn brechen. Und es ist viel Geld zum Ausgeben vorhanden, denn während der Corona-Pandemie sind die Sparquoten deutlich gestiegen, in Deutschland beispielsweise 2020 mit 16 Prozent auf den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. In den USA wuchs das Vermögen der Privathaushalte durch die großzügige Fiskalpolitik auf neue Rekorde. Die hohen Ersparnisse sind zwar eine gute Grundlage für einen Konjunkturaufschwung, dürften aber auch für steigende Preise sorgen. Ladenbetreiber, die monatelang schließen mussten, werden versuchen, mit Preiserhöhungen einen Teil ihrer Verluste wieder auszugleichen.

Die Mehrheit der Experten erwartet für die USA für das Jahr 2021 eine Inflationsrate von ungefähr 2,5 Prozent und für die Eurozone rund 1,5 Prozent. Nicht wenige Experten halten einen noch schnelleren Preisanstieg für möglich. Sie weisen unter anderem darauf hin, dass im weiteren Jahresverlauf die Kosten für viele Vorprodukte und Logistikdienstleistungen aufgrund der hohen Auslastung in der Industrie weiter steigen könnten.

Ob sich dieser Inflationstrend allerdings im Jahresverlauf verstetigt, ist umstritten. Die Prognosen für die Inflationsentwicklung im zweiten Halbjahr gehen weit auseinander. Während die einen auf anhaltend steigende Wachstums- und Inflationsraten setzen, sofern die Weltwirtschaft nicht mehr vom Virus gebremst wird, glauben andere, dass dieser Effekt schon nach ein oder maximal zwei Quartalen auslaufen dürfte: "Den Beginn eines neuen Inflationstrends werden wir dadurch sicherlich nicht sehen", erklärte ein erfahrener Manager von Rentenfonds. Auch andere Experten verweisen in diesem Zusammenhang gerne auf die chinesische Wirtschaft, die bereits wieder kräftig wächst, ohne Anzeichen einer höheren Inflation zu zeigen. Nach der berücksichtigten Lohn-Preis-Spi-

GUT ZU WISSEN!

rale sieht es momentan in keiner größeren Volkswirtschaft aus, weil in vielen Ländern unter anderem noch eine hohe Unterbeschäftigung besteht.

Die vermeintliche Regel, wonach die sehr lockere Geldpolitik der Notenbanken mit stark steigenden Geldmengen zu mehr Inflation führt, scheint durch die Praxis widerlegt zu werden. Denn dann hätte schon seit Jahren das hohe Geldmengenwachstum zu steigender Inflation führen müssen. Vor allem das Beispiel Japan spricht dagegen. Staatsverschuldung und Geldpolitik haben dort schon seit Jahrzehnten eine extreme Entwicklung genommen. Das Land hat eine stark alternde Bevölkerung und muss sich seit Jahrzehnten eher Sorgen um Deflation als Inflation machen.

Tatsächlich scheint es Entwicklungen zu geben, die einer Inflation entgegenwirken. Dazu gehört die fortschreitende Digitalisierung, die es der Wirtschaft erlaubt, effizienter zu wirtschaften. Die Stückkosten können dadurch gesenkt werden. Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und fortschreitende Automatisierung erfordern weniger Arbeitskräfte und wirken deshalb gegen Inflation. Sollten sich diese Effekte auch wieder weltweit bemerkbar machen, könnte der Anstieg der Inflation auf das erste Halbjahr 2021 begrenzt bleiben.

Zunächst aber beschäftigt das Thema steigender Inflationsraten auch die Börsen. Wenn eine bessere Weltkonjunktur und steigende Inflationsraten erwartet werden, steigen die Preise von Rohstoffen und die Zinsen. Davon können Aktien einiger Branchen tendenziell profitieren, darunter Rohstoff-Konzerne und sogenannte Finanzwerte, also Banken und Versicherungen. Finanzwerte haben unter dem langanhaltenden Zinsrückgang gelitten. Für sie würden steigende Zinsen endlich wieder bessere Verdienstmöglichkeiten bedeuten. Dagegen reagieren sogenannte Wachstumsaktien empfindlich auf höhere Zinsen. Steigende Inflationsraten und Zinsen sind somit auch ein Auslöser für Umschichtungen von Wachstums- zu Substanzaktien.

Mit freundlichen Grüßen



WWB Vermögens-Management
GmbH & Co. KG

Quelle: „GUT ZU WISSEN...“ erscheint bei der Drescher & Cie Gesellschaft für Wirtschafts- und Finanzinformationen mbH, Postfach 2165, 53744 Sankt Augustin. Trotz sorgfältiger Auswahl der von der Drescher & Cie GmbH als zuverlässig eingestufte Quellen und Informationen kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte nicht gehaftet werden. Dies gilt insbesondere für Inhalte, die nicht von der Redaktion der Drescher & Cie GmbH, sondern von Dritten stammen. Inhalte der Redaktion sind anhand der jeweiligen Kürzel am Ende der redaktionellen Beiträge erkennbar, welche sich auf der Internetseite www.investmentredaktion.de/redaktion wiederfinden lassen. Die Inhalte der „GUT ZU WISSEN...“ dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie stellen weder eine individuelle Anlageempfehlung noch eine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren dar. Kein Teil der „GUT ZU WISSEN...“ oder dessen Format darf (auch auszugsweise) ohne die ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung der Drescher & Cie GmbH oder ohne eine entsprechende schriftliche Vereinbarung mit der Drescher & Cie GmbH zur Nutzung der Inhalte und / oder des Formats der „GUT ZU WISSEN...“ (Nutzungsrecht) reproduziert, nachgedruckt oder sonst vervielfältigt oder verbreitet werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie (auch auszugsweise) ohne Nutzungsrecht verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verleger. Regelungen zu einem Nutzungsentgelt im Rahmen einer Einräumung eines Nutzungsrechts bleiben unberührt. (c) 2011 Drescher & Cie GmbH